

Der Kolumnist **Keith Spicer** beantwortete Fragen des Bonner Korrespondenten der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Rudolf Strauch.



Keith Spicer, 45, gebürtiger Torontonianer, lebt heute in Vancouver und schreibt für 25 kanadische Zeitungen. Der Absolvent der Universitäten Toronto und Paris schrieb seine Dissertation über Fragen der kanadischen Entwicklungshilfe. Nach Tätigkeit als Journalist bei „The Globe and Mail“ und der Canadian Broadcasting Corporation in Toronto lehrte er als Politologe an den Universitäten Toronto und Ottawa sowie am Dartmouth College in den USA. 1970 wurde er zum Bundesbeauftragten für die offiziellen Sprachen des Landes, Englisch und Französisch, ernannt. In dieser Funktion, vergleichbar der eines Ombudsmans für die sprachliche Gleichbehandlung aller Kanadier, war er dem Parlament in Ottawa direkt unterstellt.

Frage: Die Québecer Provinzregierung hat vor wenigen Wochen ihr Weißbuch zur Frage der Ausgestaltung eines zukünftigen Verhältnisses der Provinz mit dem restlichen Kanada vorgelegt. Die Provinzregierung will bei der dann im kommenden Frühjahr anstehenden Volksbefragung ein Mandat der Wähler über ein eventuelles Arrangement mit allen kanadischen Provinzen und natürlich das Mandat, mit der Bundesregierung zu verhandeln, einholen. Wie beurteilen Sie das Klima der bisherigen Diskussion und wie wird, Ihrer Meinung nach, die weitere Debatte laufen?
Spicer: Das Diskussionsklima über den Vorschlag des Parti Québécois auf

Zeit der Verantwortung

Souveraineté-Association (Québecer Souveränität bei gleichzeitiger Wirtschafts- und Währungsunion mit dem übrigen Kanada – d. Red.) muß Europäern erstaunlich friedlich und gelassen erscheinen. Wir erleben hier eine außergewöhnlich gesittete Debatte über den ernsthaften Vorschlag einer bedeutenden Provinzregierung, sich aus der kanadischen Föderation zu lösen. Erst unlängst bemerkte der Québecer Minister für Beziehungen der verschiedenen Regierungsebenen innerhalb Kanadas, Claude Morin, Kanada sei ein ganz außergewöhnliches Land, denn das, was seine Partei tue, so wörtlich, „würde in 99 Prozent der übrigen Länder der Welt illegal“ sein. Sogar dieser Mann – er ist ein Sezessionist – sagte, und ich zitiere ihn wörtlich, „daß Kanada eine der besten Demokratien ist“. Während wir uns jetzt dem Referendum nähern, das die meisten für Mai oder Juni 1980 erwarten, kann man damit rechnen, daß Spannungen und Erregtheit allmählich spürbar zunehmen. Und man kann heute sogar bei den Péquisten, den Mitgliedern von René Lévesques Partei, eine sehr deutliche Nervosität und Zerstreuung bemerken; hier und da geht der Sinn für Humor verloren. Natürlich sind die Péquisten ein außerordentlich engagierter politischer Verband. Die Rechtgläubigen in Sachen Separation oder Unabhängigkeit haben seit 15 Jahren auf dieses Ziel hingearbeitet und glauben jetzt, endlich in seine Sichtweite gekommen zu sein. Bei einer solchen Konzentration von Energie und Idealismus läßt sich absehen, daß viele Leute, die auf Seiten des französischen Parti Québécois, der Sezessionisten, stehen, eine Niederlage bei der Volksbefragung als einen schweren Schlag für ihr Selbstwertgefühl verspüren würden. Auf Seiten der Föderalisten hofft man, jede Art eines dummen Vorfalls zu vermeiden. Man kann hoffen, aber nur hoffen, daß keine der beiden Seiten versuchen wird, absichtlich Zwischenfälle zu provozieren, die den Meinungsstreit polarisieren könnten oder den Versuch machen wird, das Ergebnis zu manipulieren.
Frage: Die Provinzregierungen der vier westlichen Provinzen, aber auch Ontarios, haben bereits erklärt, sie würden über die Frage „Souveraineté-

Association“ Québecs mit dem übrigen Kanada nicht verhandeln. Wird sich diese Haltung durchsetzen können, und was wäre die Folge einer derartig starren Einstellung?

Spicer: Die Regierungen der vier westlichen Provinzen, wie auch die von Ontario, haben tatsächlich wiederholt erklärt, daß sie nicht bereit sind, mit Québec in Verhandlungen einzutreten, sollte das Referendum ein Mandat bestätigen, über Souveraineté-Association zu verhandeln. Man muß unbedingt verstehen, daß diese Ankündigungen wirklich ein völliges Desinteresse Englisch-Kanadas widerspiegeln, Lévesques Vorschlag zu erwägen, obgleich diese Aussagen teilweise konstruiert sind, um den Québecern klarzumachen, daß sie sich über die Wahrscheinlichkeit eines Verhandels über Souveraineté-Association keine Illusionen machen sollten. Nach über 15 Jahren intensiver Propaganda und Agitation sind die an Unabhängigkeit interessierten Québecer mit ihrem Versuch, auch nur bei einem einzigen namhaften englischsprachigen Kanadier Gehör für ihr Anliegen zu finden, gescheitert; dies stellen die Péquisten als Beweis massiven Rassismus auf Seiten von Englisch-Kanada dar, sie sehen darin den ihr Anliegen berechtigenden „Normalfall.“

Englisch-Kanadier halten es einfach für naiv, wenn nicht sogar für erstaunlich zynisch, daß man von ihnen erwartet, einer Art Scheidung mit gemeinsamem Bankkonto zuzustimmen. In einfachen Worten läßt sich die Haltung der meisten Englisch-Kanadier so beschreiben, daß Opfern, die auf Gegenseitigkeit beruhen, zuzustimmen sei; sollte aber Québec beschließen, nur ein Nachbar zu werden, das heißt formaljuristisch Ausland, das, wie Lévesque es genannt hat, seine ureigenen egoistischen Interessen verfolgt, dann vermögen Englisch-Kanadier nicht einzusehen, warum sie einer Sublimierung ihrer Interessen zustimmen sollten, die, möglicherweise, viel natürlicher – beispielsweise – in einer Art Freihandel mit den Vereinigten Staaten liegen. In diesem Sinne ist es vielleicht falsch, von „Härte“ zu sprechen, so als ob es sich um eine Art verstockter Halsstarrigkeit handele. Die Haltung ist zweifellos